



Liebe Leser:innen,

was für ein toller Kongress das war! Ich bin noch immer ganz beseelt von den vielen inspirierenden Begegnungen, die ich mit euch auf dem **Kommunalkongress** der Grünen Bundestagsfraktion Mitte April in Berlin hatte. Rund 400 Teilnehmende kamen zusammen, um über das "gute Leben vor Ort" zu sprechen. Egal ob auf dem Dorf oder im Stadtteil, wir haben diskutiert, was gebraucht wird, damit Kommunen ihre Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können.

In Workshops, Diskussionen und Gesprächen wurde deutlich, wie groß die Herausforderungen sind und wie sehr knappe Kassen und wachsende Aufgaben die **Handlungsspielräume** einschränken. Wenn Schwimmbäder schließen, Busverbindungen ausgedünnt werden oder Begegnungsorte wegfallen, trifft das den Alltag der Menschen unmittelbar – und schwächt am Ende auch das Vertrauen in unseren Staat.

Umso klarer war auch eine Botschaft des Kongresses: Kommunen brauchen endlich die Unterstützung, die ihrer zentralen Rolle gerecht wird. Eine **auskömmliche Finanzierung** ist dabei kein „Nice-to-have“, sondern Grundlage dafür, dass vor Ort überhaupt gestaltet werden kann. Der Kommunalkongress hat dabei auch ganz konkrete Arbeitsaufträge für mich und uns als Bundestagsfraktion bereitgehalten, die ich motiviert mit in meine parlamentarische Arbeit nehme!





Besonders empört hat mich, was der Paritätische kürzlich offengelegt hat: Pläne für massive **Kürzungen bei Sozial- und Eingliederungshilfen** unter dem Deckmantel der kommunalen Entlastung. Die Forderungen der Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern, an denen insbesondere das Kanzleramt beteiligt war, treffen Menschen mit Behinderungen, Kinder und Familien. Also diejenigen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Das ist aus meiner Sicht nicht nur sozialpolitisch falsch, sondern auch **kommunalpolitisch kurzfristig** (siehe Petition unten). Denn gerade vor Ort wird deutlich, was solche Einschnitte bedeuten: weniger Teilhabe, weniger Zusammenhalt, aber mehr Belastung für Familien und Kinder und damit schlussendlich auch für Kommunen. Das hast auch Belit, unser grüner Oberbürgermeister in Hannover, in einem [Interview in der taz](#) klargemacht.

Diese Kürzungspläne lehnen wir entschieden ab! Statt sozialer Einschnitte brauchen wir starke, stabile Sicherungssysteme, die Menschen verlässlich helfen und Vertrauen in Staat und Demokratie festigen. Und für die Kommunen braucht es endlich eine dauerhafte, deutliche Entlastung mit einer angemessenen **Altschuldenlösung**, von der der jüngste Klingbeilsche Vorschlag leider meilenweit entfernt bleibt.

Viele Grüße

Karo



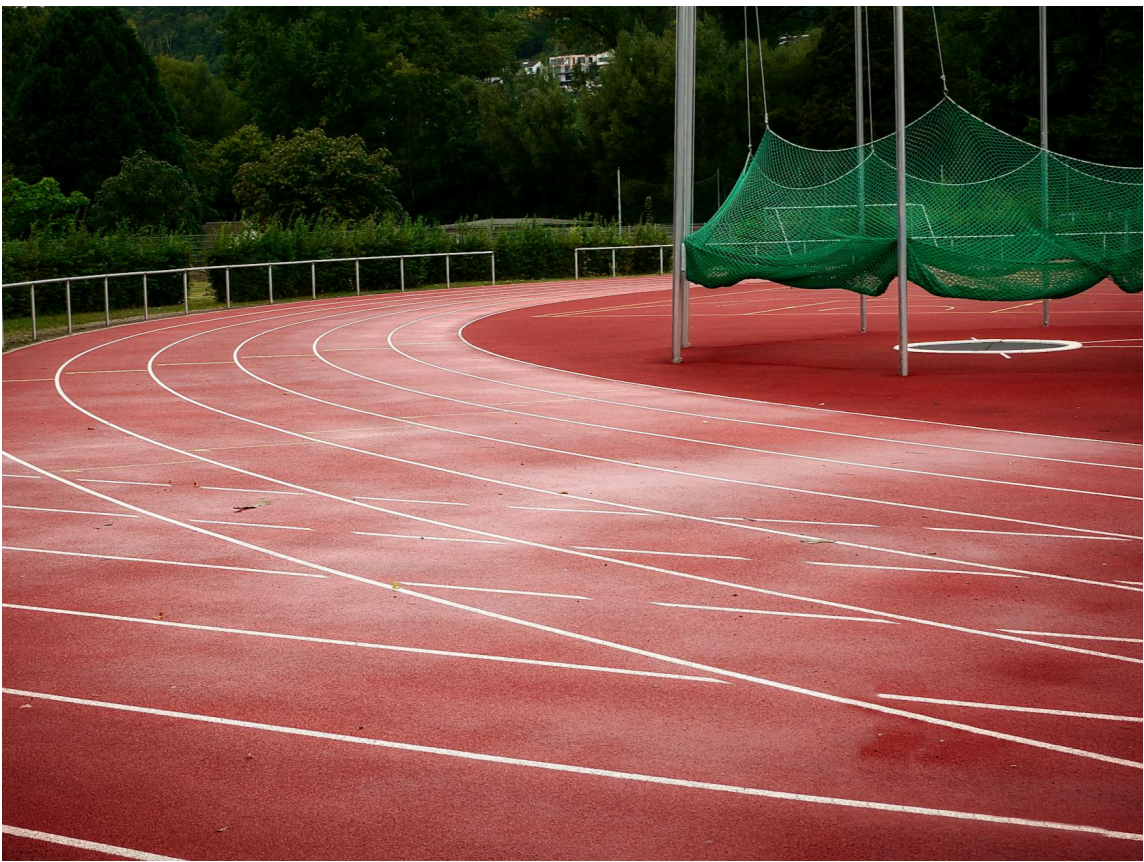
Fördermittel für klimaangepasste Städte und Gemeinden

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen hat den Projektauftrag für die 5. Tranche des Bundesprogramms „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ gestartet.

So wichtig jeder einzelne Förderimpuls ist: 80 Millionen Euro sind angesichts der gewaltigen Herausforderungen beim Klimawandel in unseren Städten und Gemeinden allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Nichtsdestotrotz: Kommunen in ganz Deutschland können bis zum 30. Juni 2026 Projektvorschläge einreichen.

[Mehr Infos](#)

Bild: Pexels / Joerg Hartmann



Sportstätten-Sanierung: Großer Bedarf, zu wenig Mittel, fehlende Perspektive

In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, die ich gemeinsam mit Fraktionskolleg*innen zum Programm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ gestellt habe, wird deutlich, dass der enorme Investitionsbedarf weiterhin nicht ausreichend berücksichtigt wird. Trotz einer 22-fachen Überzeichnung bleiben die Mittel deutlich hinter dem Bedarf zurück und eine Verstetigung des Programms über 2026 hinaus ist nicht vorgesehen. Damit fehlt den Kommunen eine verlässliche Perspektive. Auch an der Förderlogik wird nicht nachgesteuert – etwa bei Eigenanteilen, Mindestfördersummen oder der Einbindung von Sportvereinen. Das Programm bleibt damit deutlich hinter dem tatsächlichen Sanierungsbedarf zurück.

[Zur Antwort auf die Kleine Anfrage](#)



Petition der Lebenshilfe: Kein Sparen bei der Eingliederungshilfe

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat eine Petition an den Deutschen Bundestag eingereicht, die von zahlreichen Verbänden unterstützt wird. Gefordert wird, auf gesetzliche Änderungen zu verzichten, die zu Kürzungen oder Pauschalierungen in der Eingliederungshilfe führen würden, wie sie aktuell im Gespräch sind. Die Petition kann noch bis zum 25. Mai mitgezeichnet werden und gerne breit geteilt werden – denn gleichberechtigte Teilhabe ist ein Menschenrecht und kein Sparposten.

[Zur Petition](#)



„Kommune heißt gemeinsam“: Niedersächsische Grüne setzen Leitbild auf LDK in Emden

Auf der Landesdelegiertenkonferenz in Emden haben wir die kommunalpolitische Erklärung „Kommune heißt gemeinsam“ beschlossen. Im Mittelpunkt steht dabei das gute Leben vor Ort – von der Kita über den verlässlichen Bus bis zum bezahlbaren Wohnen. Das funktioniert nur, wenn Politik, Verwaltung und Gesellschaft gemeinsam zusammenwirken. Der Antrag soll Kommunen klimafest, sozial gerecht und handlungsfähig aufstellen und so Teilhabe sichern und das gute Leben nicht vom Geldbeutel abhängig machen. Mit dem Beschluss haben wir auch einen klaren Kurs für die Kommunalwahl im Herbst gesetzt. Während in Deutschland mehr als 250 Milliarden leben, deren Vermögen Jahr um Jahr krass wächst. Kann es nicht sein, dass vor Ort der Bus nicht kommt. Wir müssen Milliardenvermögen endlich gerecht besteuern, auch für unsere Städte und Gemeinden.

[Zur kommunalpolitischen Erklärung](#)

Infos, Veranstaltungen und Seminare

Neue Online-Reihe: „Schätze heben – Kommunal gestalten“ der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung startet die neue Online-Reihe „Schätze heben: Kommunal gestalten“. Auftakt ist ein Seminar am 6. Mai 2026 von 16:00 bis 17:30 Uhr. Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung kommt es auf kommunale Bündnisse und tragfähige Lösungen vor Ort an. Im Seminar geht es darum, wie Zusammenarbeit gelingt, Mehrheiten in schwierigen Konstellationen entstehen und Kommunen handlungsfähig bleiben. Als Gäste geben Einblicke in ihre kommunale Praxis: Dr. Carmen Krämer, Bürgermeisterin der Stadt Monschau, Tobias Rohrberg, Mitglied des Kreistags Märkisch-Oderland (Bündnis 90/Die Grünen), sowie Jonas Löschau, Stadt- und Kreisrat in Bautzen. Anschließend gibt es einen moderierten Austausch in geschütztem Rahmen. Die Reihe richtet sich insbesondere an kommunalpolitisch Engagierte im Netzwerk der Heinrich-Böll-Stiftung. Der zweite Teil „Schätze heben: Klima kommunal“ folgt am 3. Juni 2026.

[Mehr Infos und Anmeldung](#)

„Bewährt vor Ort“-Auszeichnung für kommunale Innovationen: Jetzt bewerben

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die Initiative Re:Form und die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement verleihen 2026 erneut das Siegel „Bewährt vor Ort“ für erfolgreiche kommunale Projekte. Prämiert werden Innovationen in vier Themenfeldern durch eine überparteiliche Fachjury. Zusätzlich wird zum zweiten Mal der Ko-Pionier-Preis vergeben – für Verwaltungen, die bestehende Lösungen erfolgreich übernehmen und weiterentwickeln. Die Auszeichnungen werden vom 16. bis 18. September 2026 beim KGSt-Forum in Leipzig verliehen. Bewerbungsschluss ist der 15. Juli 2026.

[Hier bei "Bewährt vor Ort" bewerben](#)

[Hier beim Ko-Pionier-Preis bewerben](#)

„Kommunale Entwicklungsbeiräte“ der Berlin Governance Plattform

So wurden beispielsweise auch die „Kommunalen Entwicklungsbeiräte“ der Berlin Governance Plattform mit dem Siegel „Bewährt vor Ort“ ausgezeichnet und als kommunale Innovation gewürdigt. Das Projekt zeigt, wie neue Beteiligungsformate helfen können, komplexe Zukunftsfragen vor Ort besser zu bearbeiten. Die Initiative entwickelt ein strukturiertes Verfahren, in dem Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gemeinsam an Lösungen für kommunale Herausforderungen arbeiten. In moderierten Prozessen entstehen über mehrere Sitzungen hinweg Empfehlungen, die anschließend in die kommunale Entscheidungsfindung einfließen. Ziel ist es, unterschiedliche Perspektiven frühzeitig einzubinden und so tragfähigere und besser umsetzbare Ergebnisse für zentrale Zukunftsthemen wie Stadtentwicklung oder Wärmewende zu ermöglichen.

Mehr Infos

Hast Du Nachfragen oder Feedback zum Newsletter?
Wende Dich einfach an mein Büro: karo.otte@bundestag.de



Karoline Otte MdB

Platz der Republik 1, 11011, Berlin

Diese Email wurde an {{ contact.EMAIL }} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Deabonnieren](#)